

Vor der Entscheidung

Eigentum und Freiheit in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021

"Denn wer etwas zu eigen hat, sei es auch noch so wenig, verfügt zugleich über die Grundlage, auf der sich eine eigenständige Persönlichkeit bilden und eine eigenständige Umgebung schaffen lässt, in der sich spezifische individuelle Ziele verfolgen lassen. "

(F. A. von Hayek: Die verhängnisvolle Anmaßung, 1996, S. 66)

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung: Wert und Wirkung von Parteiprogrammen.....	4
Freiheitlich oder kollektivistisch.....	4
Teil 1: Wahlprogramme mit freiheitlichen Elementen.....	6
CDU/CSU.....	6
<i>Gesamteindruck.....</i>	6
Europäische Union gleich "Europa".	6
Wirtschaft und Finanzen. Im Großen „Weiter so!“	7
Sozial- und Gesellschaftspolitik, wenig freiheitlich.	8
Ein Nanny-Staat ohne Grenzen.	8
FDP.	10
<i>Gesamteindruck.....</i>	10
Marktwirtschaft, Eigentum, Unternehmertum.....	10
Bildungswesen: überwiegend etatistisch.....	11
Energiewirtschaft und Digitalisierung.	11
Weiteres zur Gesellschaftspolitik: ambivalent.....	12
Verschiedenes.	12
AfD.....	13
<i>Gesamteindruck.....</i>	13
Wirtschaft: "Soziale Marktwirtschaft".	13
Klimapolitik: ein Alleinstellungsmerkmal.	13
Für Währungswettbewerb.	14
Ein staatenbundliches Europa-Leitbild.....	14
Sozialpolitik ohne Inspiration.	14
Gesellschaftspolitik antiegalitär.	15
Bildungswesen: strukturkritisch.	15
Verfassungspolitik - interessante Ansätze.	15
Sonstiges.....	15
Teil 2: Parteien mit starken kollektivistischen Elementen	16
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.....	16
<i>Gesamteindruck.....</i>	16
Die Klimafrage ist die Hauptfrage. Die Apokalypse droht.....	16
Europäismus.....	17
Feministischer Extremismus.....	18
Der Triumph von Staatswirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Fiskalsozialismus.....	18
Gegen die Familie.	19

Ausländerpolitik und die Frage der Migration.	19
International.....	20
Schlussbemerkung.....	20
SPD.	21
<i>Gesamteindruck</i>	21
Wirtschaft und Soziales: Die Radikalisierung des Wohlfahrtsstaates.	21
Finanzen: gegen das Privateigentum.	22
Verschiedenes, zum Teil Kurioses.	22
DIE LINKE.....	23
<i>Gesamteindruck: "Ungleichheit ist unsozial"</i>	23
Wirtschaft: ein Programm der Verstaatlichung.	23
Geld-, Finanz- und Steuerpolitik: ein Gruselkabinett!.....	24
Sozial- und Gesellschaftspolitik für ein "gutes Leben".....	24
Bildungspolitik: elitefeindlich.	25
"Der Klimawandel ist von den Reichen gemacht.".....	25
Dies und das.	25
Schlussbemerkung: was wählen?	26

Vorbemerkung: Wert und Wirkung von Parteiprogrammen

Wahlprogramme mögen von den Wählern wenig gelesen werden. Im Wahlkampf entscheiden eher Persönlichkeiten und dramatisierte Einzelfragen. Dennoch sind sie wertvoll als Zeugnisse dessen, was Geistes Kind die einzelnen Parteien sind. Viele Einzelpunkte können später zu legislatorischen Initiativen führen. Schriftstellerisch zeichnen sie sich selten durch erhabenen Schwung, hinreißende Prosa, geglückte Bilder aus. Eine vergnügliche Lektüre bieten sie kaum. Abgenutzte Formeln, furchtbare Plattheiten langweilen, noch von der Widersprüchlichkeit vieler Punkte und überspannter technischer Detaillierung abgesehen. Für einen liberalen Ordnungstheoretiker sind sie ein Gräuel. Und dann erst noch der Umfang! Programme von mehr als zweihundert Seiten sind keine Seltenheit mehr. Sie zeigen einerseits die wachsenden Finanzmittel unserer teilweise staatsfinanzierten Parteien, andererseits den Umfang des Regulierungsanspruchs. Ein Nanny-Staat kennt eben kaum noch Grenzen seiner Interventionslust, wogegen ein klassisch-liberaler Staat sich mit wenigen Grundsätzen begnügen kann, weil alles andere sich in Markt, Zivilgesellschaft, Konventionen und Bräuchen von selbst ordnet.

Freiheitlich oder kollektivistisch.

Man kann die Parteien nach eher freiheitlicher und überwiegend kollektivistischer Programmatik unterscheiden, *wobei Überschneidungen häufig sind*. Staatlicher Interventionismus spielt bei allen Parteien eine große Rolle. Die kollektivistischen Parteien legen den Hauptwert auf die *absolute Gleichheit*, während bei anderen Parteien die *individuelle Freiheit* stärker akzentuiert wird. Man könnte die Parteien auch nach dem Schema Individualismus-Kollektivismus unterscheiden. Der Ausdruck "Mitte" ist dagegen unbestimmt, da nicht auf bestimmte feststehende Werte bezogen, sondern variabel je nach Entwicklung des Parteienspektrums, mal mehr kollektivistisch, mal mehr freiheitlich: Parteien ohne Kompass außer dem des Opportunismus.

Was die sog. "linken" Parteien betrifft, fällt auf, dass der traditionelle Ausdruck "Sozialismus" oder "demokratischer Sozialismus" für deren egalitären Ideale vermieden wird, sogar bei der Partei, die sich "DIE LINKE" nennt. Der Sache nach aber dominiert der sozialistische Gedanke zumindest in den drei "roten" Programmen: GRÜNE, LINKE und SPD, wobei es hier zweifellos Abstufungen gibt. Am eigentumsfeindlichsten bleibt die LINKE - sogar die sog. Klimakrise wird den "Reichen" in Rechnung gesetzt. Die Steuerpolitik ist bei allen drei "linken" Parteien das wichtigste Mittel der Eigentumssozialisierung. In der Tat: *"The power to tax is the power to destroy"*. Hinzu kommt bei ihnen ein ungebrochener Glaube an die Staatswirtschaft: Liberale Steuerreformen, Privatisierung, Deregulierung kommen nicht vor. Beispielsweise wird im Verkehrswesen der öffentliche Verkehr bevorzugt (staatliche Bahn und ÖPNV), während gegen den motorisierten Individualverkehr, noch mehr gegen den Flugverkehr polemisiert und das Fahrrad verklärt wird, besonders bei den GRÜNEN. Von einer Notwendigkeit größerer Eigenvorsorge statt staatlicher Fremdvorsorge liest man wenig - im Gegenteil: es geht um die Verallgemeinerung der staatlichen Zwangsvorsorge ("Bürgerversicherung" im Gesundheitswesen, alle Selbständigen in die staatliche Rentenversicherung, umfassende "Arbeitsversicherung" (GRÜNE)). Die Familien sind Gegenstand zunehmender Enteignung - als "Förderung" getarnt - sei es durch staatliche Finanzierung, sei es durch staatliche Übernahme der Betreuungsfunktionen (Kita, Ganztagschule etc.), auch bei

überwiegend sog. „rechter“ Programmatik. Bemerkenswert ist auch die Auflösung der herkömmlichen Energiewirtschaft im Zeichen einer sog. Klimakrise (Atomindustrie, Kohlewirtschaft, Erdöl- und Gaswirtschaft) in der gewiss utopischen Hoffnung auf immerwährenden Sonnenschein und immer wehenden Wind - das größtmögliche Hasardspiel für einen Industriestaat. Noch nicht erwähnt ist der Radikalegalitarismus im privaten Bereich (Genderideologie, diskriminierende Antidiskriminierung, rassistischer Anti-Rassismus), der sozialauflösend wirkt. Alle drei "linken" Parteien sind zentralistisch - glauben an einen Superstaat EU, am besten wäre (GRÜNE/LINKE) ein Weltwohlfahrtsstaat. Deutsche Eigeninteressen spielen keine Rolle, stören nur, z.B. in der Geld- und Schuldenpolitik. Eine europäische Schuldenunion wird nicht gefürchtet, sondern gewünscht. Der Wunsch nach Geldwertstabilität ist offenbar veraltet, im Übrigen ist Geld scheinbar unbegrenzt verfügbar. Der Klimautopismus mit der Steuerungsillusion eines so komplexen Systems wie des Klimas auf 1, 5% Grad maximal zulässige Erwärmung einer fiktiven Weltdurchschnittstemperatur zeichnet fast alle Parteien aus, besonders aber wieder die GRÜNEN.

In den drei freiheitlichen, sog. "rechten" Parteien (CDU, FDP und AfD) - freiheitlich wenigstens noch in Teilbereichen ihrer Programme - zeigt sich kein konsequentes Gegenbild, aber doch Elemente eines anderen Ordnungsdenkens, besonders in der Steuerpolitik oder in Fragen der Privatisierung von Staatswirtschaft (namentlich bei der FDP, die aber eurozentralistisch ist). Sozialpolitisch findet man bei keiner dieser Parteien ein durchweg liberales Ordnungskonzept, allenfalls eine Verteidigung des Status Quo. Die AfD zeigt als einzige Partei stärkere patriotische Akzente, was nicht mit "rechtsextrem" zu verwechseln ist. Sie verwirft das eurozentralistische Modell zugunsten eines Staatenbundes - und sieht äußerstenfalls sogar einen "DEXIT" in Betracht. Sie ist wie die FDP eigentumsfreundlich. Gesellschaftspolitisch ist die FDP eher links-interventionistisch hin orientiert. Auffällig ist die technokratische Verherrlichung des Digitalen in allen Parteien. Als ob es sich hier nicht um eine wundervolle Hervorbringung des Kapitalismus, der Unternehmen und Märkte handelt, sondern zuvörderst der Staat hier tätig werden müsste. Dabei wird naiv ignoriert, dass Digitalisierung kein Selbstzweck ist und eine Ablösung persönlicher Dienste durch anonyme Automatismen oder Roboter nicht immer ein Fortschritt ist.

Die Gesamttendenz fast aller Parteien ist der Zug zum Wohlfahrts- und Nanny-Staat, der sich so nach und nach selbst zerstört.

Teil 1: Wahlprogramme mit freiheitlichen Elementen

CDU/CSU.

Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

139 Seiten.

Gesamteindruck.

Wie keine andere Partei repräsentiert die CDU/CSU die Kontinuität wohlfahrtsstaatlichen Denkens in Deutschland- den langsamen fortgesetzten Ausbau des Modells Bismarck. Zwar fehlt in keinem Programm eine Erwähnung der "Sozialen Marktwirtschaft", aber die Substanz des Marktwirtschaftlichen, des Eigentums, des selbstverantwortlichen Lebensunternehmertums wird dünner und dünner. Im vorliegenden Wahlprogramm soll nun alles "neu" werden: "Neuer Wohlstand - mit nachhaltigem Wachstum zum klimaneutralen Industrieland " (die eierlegende Wollmilchsau), Weiterhin "neue Fairness" (!), "neue Generationengerechtigkeit", "neuer Mut", neues Aufstiegsversprechen", "neue Aufmerksamkeit" und sogar "neue Weltpolitikfähigkeit" mit einem starken Deutschland ("neue außenpolitische Stärke") in einem starken Europa "auf Augenhöhe mit China", wobei der chronisch missbrauchte Begriff Europa nur für die Europäische Union steht.

Es wird ein "kraftvoller Neustart", ein "Modernisierungsjahrzehnt" angekündigt - wie wenn diese Partei nicht eine lange Regierungszeit von 16 Jahren hinter sich hätte. Positiv an diesem Programm ist, dass es nur mäßig von der Klimahysterie erfasst ist und auch exotische Themen wie die LGBTQI-Agenda nicht angesprochen werden. Die Migrationsproblematik wird andererseits auch nicht grundsätzlich zur Sprache gebracht, außer dass man sich gegen die "Einwanderung in die Sozialsysteme" ausspricht (aber eben dies geschieht ja täglich). Die Wirtschafts-, vor allem die Steuerpolitik ist vergleichsweise wirtschaftsfreundlich. Die Dramatik der geld- und finanzpolitischen Situation steht freilich nur am Rande. Man belässt es bei Beschwörungen. Auch die in ihren Maßnahmen fragwürdige Coronapolitik mit ihren Folgen bleibt ohne eine kritische Kommentierung. Für die Wandlungen dieser Partei unter der Regierung Merkel empfehlen wir: Philip Plickert (Hrsg.): Merkel - Die kritische Bilanz von 16 Jahren Kanzlerschaft, FinanzBuch Verlag, München, 2021.

Europäische Union gleich "Europa".

Die CDU bleibt bei ihrem Kurs, die Zentralisierung der EU zu beschleunigen. So soll es in Zukunft Mehrheitsentscheidungen in allen wichtigen Fragen geben. Nicht nur eine "Bankenunion" ist wünschenswert, auch eine "Gesundheitsunion", eine "Digitalunion", eine "Sicherheitsunion" und selbst eine "europäische Industriepolitik". Gleichzeitig spricht man von Subsidiarität. Dennoch ist erstaunlicherweise vom ganz offenbaren Ziel eines Bundesstaates EU - im Unterschied zur FDP - nicht ausdrücklich die Rede. Zur Geld- und sogar Finanzpolitik der EZB, die vertragswidrig aus dem Ruder gelaufen ist, kein kritisches Wort, nur eine vergebliche Beschwörung von Stabilitätspolitik: "Geld- und Finanzpolitik müssen getrennt bleiben"- gewiss, aber wenn nicht? Der absolute Systembruch mit

dem 750 Mrd. Euro -Hilfsprogramm auf europäischer Ebene soll "einmalig" bleiben- wie ja die früheren vertragswidrigen Unterstützungsprogramme (ESM usw.) auch. Faktisch haben wir bereits eine "Schuldenunion". Die CDU ist für eine doch offenbar utopische europäische Asylpolitik mit Verteilung der Migranten über die Mitgliedstaaten.

Wirtschaft und Finanzen. Im Großen „Weiter so!“

Es ist erfreulich, wenn auch bei der sonstigen Programmatik kaum sachlich zu begründen, dass Steuerhöhungen ausgeschlossen werden, an Substanzbesteuerung nicht gedacht wird. Die erfreuliche Formel: "Leistung muss sich wieder lohnen", während sie sich doch immer weniger lohnt, finden wir auch hier wieder. Es soll ein "umfangreiches Entfesselungspaket" auf den Weg gebracht werden. "Entlasten statt belasten". So - nach 30 Jahren! - endlich weg mit dem Solidaritätszuschlag für alle, aber doch nur "schrittweise". Steuerlast für thesaurierte Gewinne "perspektivisch" auf 25%. Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter. Einmal mehr: die Abschaffung der kalten Progression. "Entfesselung" sieht anders aus. Immerhin: keine Einführung neuer Substanzsteuern wie der Vermögenssteuer und keine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Nur beiläufig erwähnt, aber - ernstgenommen - von großer Tragweite: die Abschaffung der "Mischfinanzierung" (Bund/Ländern/Kommunen). Auch hier wieder der Dauerbrenner: "Überflüssige Bürokratie abbauen". Diese Partei stellt sich gegen internationalen Steuerwettbewerb, ist offenbar für ein weltweites Steuerkartell.

Zur Landwirtschaft: "Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen"- man denke sich diesen Standpunkt verallgemeinert und es ist vorbei mit der Marktwirtschaft in Deutschland. Die Schifffahrt soll "zukunftsfest gemacht" werden. Ist das wirklich eine Staatsaufgabe?

Man bekennt sich zum "European Green Deal". Möchte zur Zielerreichung den Emissionshandel einsetzen- immerhin ein marktwirtschaftliches Instrument. Es soll ein "CO2-Grenzausgleich" stattfinden- wohl sehr schwierig und jedenfalls enorm bürokratisch. Immerhin keine Festlegung auf ausschließlichen Elektroantrieb bei Automobilen und gegen Dieselfahrverbote, insoweit autofreundlich. Aber auch an einen "nationalen Fahrradverkehrsplan" ist gedacht. Es soll einen "Sonnenpakt" geben (Ausbau der Solarenergie).

Der übliche Kult der Digitaltechnik- eine kaum ausdrücklich anerkannte Errungenschaft der Märkte, nicht des Staates- findet sich auch bei der CDU wieder. "Digitale Bildung" wird gelobt. Es soll eine "nationale Bildungsplattform" aufgebaut werden und Deutschland auch eine "Hochburg für Künstliche Intelligenz und Blockchain" sein. Es soll eine Mission "Quantencomputer Made in Germany" geben und "ehrenamtliche Digitalbotschafter und Digitalbotschafterinnen " sollen in der Tiefe der Gesellschaft die frohe Digitalbotschaft verbreiten. Kein kritisches Wort zu den Grenzen der Digitalisierung, etwa im Wünschenswerten persönlich erbrachter Dienstleistungen -und vor allem zur Eigenkraft der marktwirtschaftlichen Entwicklung.

Sozial- und Gesellschaftspolitik, wenig freiheitlich.

Der Rentenversicherungszwang soll nun auch die bisher noch freien Selbständigen einschließen- der letzte Schritt zur Volks- oder Bürgerversicherung. Ein mildes Auge auf private Vorsorge fehlt nicht. Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung wird an dem dualen System festgehalten. Auch am Ehegattensplitting hält die CDU fest. Angesichts der demographischen Probleme soll es in Zukunft eine "Generationenrente" geben. Eine "neue Generationengerechtigkeit bei Finanzen und Steuern muss her": wie soll die aussehen? Während die staatliche Zwangsvorsorge kaum mehr Grenzen kennt, soll doch auch die "Vermögensbildung für jeden" gefördert werden. Es soll eine "Souveränitätsoffensive" bei der Medikamentenproduktion geben - also nationale Autarkiepolitik insoweit. In der Familienpolitik die bekannte Subventionsvielfalt nach dem Gießkannenprinzip. Auch "Alleinerziehende" sollen stärker gefördert werden - bis hin zur Realisierung "ihres Eigenheimtraums". Zum Arbeitsmarkt: keine strategische Vision, etwa eine Liberalisierung des Arbeitsrechts, im Wesentlichen strukturkonservative Positionen und Betonen der "Sozialpartnerschaft", also des großen Sozialkartells von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Ein Nanny-Staat ohne Grenzen.

Man traut seinen Augen nicht: diese Partei will eine "Strategie gegen Einsamkeit" entwickeln. Dazu auch "aufsuchende Nachbarschaftshilfe und Sozialarbeit", die verschämte Armut und Vereinsamung aufspüren soll. Die CDU will " für das Landleben begeistern". Dörfer und Städte sollen "vitalisiert" werden! Ein "Zukunftspakt für Innenstädte" ist im Gespräch. Ja, sie will flächendeckend "Heimatagenturen" fördern. Sie will ferner eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung erfinden. Sie will " öffentliche Zuschüsse zu Mehrgefahrenversicherungen". Die Tierfreundlichkeit zeigt sich in einem Plädoyer für einen Ausstieg aus dem Töten männlicher Küken und für ein "Tierwohlstall- Förderungsgesetz". "Alle gesellschaftlichen Bereiche müssen einen Beitrag zum Insektenschutz " leisten. Die Prostitution von schwangeren Frauen muss verboten werden. Zur Religion: "Religion als wertvollen Teil unserer Gesellschaft begreifen"- sehr verbunden! Für eine schulische "Wertekunde": wertneutral? Der Staat soll sogar "Hilfen bei der Unternehmensübergabe" bieten. Und bei allem: ein unkritisches Bekenntnis zu einem „starken, unabhängigen, öffentlichen Rundfunk“.

Das eilig zusammengeschusterte Programm schließt schwunglos mit einem Bekenntnis zu "engagierter Sportförderung" ab.

Ein besonderes Wahlprogramm der CSU : Gut für Bayern. Gut für Deutschland.

16 Seiten.

Es wurde das Unzureichende des gemeinsamen CDU/CSU-Wahlprogramms wohl in Bayern bemerkt und so hat die CSU Ende Juli ein Sonderprogramm aufgelegt. Es ist von wohlthuender Kürze und vergleichsweise größerer Präzision und frischem Schwung. Man sagt dem Schulden- und Steuerstaat ab und will stattdessen „neues Wachstum“. Unter Wettbewerbsdruck mit den Grünen wird das bayerische Klimaschutzprogramm etwas detailliert, bleibt aber utopisch. Man möchte Bayern als erstes Bundesland " klimaneutral" haben (bis 2040), aber diese „Dekarbonisierung“ dürfe nicht zur Deindustrialisierung führen. Die höheren betrieblichen und privaten Klimaschutzaufwendungen

sollen durch Subventionen ausgeglichen werden („Klimabonus“, Klimaabschreibungen). Es soll eine „Holzbauoffensive“ und eine „Waldprämie“ geben, auch einen „Pakt“ zur Plastikvermeidung. Auch soll der öffentliche Verkehr ausgeweitet werden. In der Familienpolitik more of the same: mehr Subventionen (Ausweitung Elterngeld; forcierter KITA-Ausbau, Mütterrente für alle Mütter). Allerlei Bonbons für die Wirtschaft, namentlich Handwerk und Gastronomie, fehlen nicht. Auch ein ausgeweiteter steuerlicher Verlustrücktrag gehört dazu. Der Staat soll für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr einen von ihm finanzierten Pensionsfonds mit „Renditeorientierung“ aufbauen. Und sonst? „Hate-Speech-Staatsanwälte für ganz Deutschland“, höhere Strafen für Enkeltrickbetrüger, Kampf gegen den Antisemitismus als Staatsziel in das Grundgesetz (und in die Bayerische Verfassung), eine „Brauchtumsgarantie“ und Kampf gegen die Kriminalisierung der Schützen durch „linke Parteien“. Besonders liberal klingt das alles nicht. Bayern hat aber den imponierenden Ehrgeiz, eine selbstgemachte Rakete in den Weltraum zu schießen.

FDP.

Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten.

90 Seiten.

Gesamteindruck.

Im Wahlprogramm der FDP finden sich im Kontrast zu den drei "linken" Programmen etliche liberale Elemente. Man möchte keinen "Systemwechsel" wie andere Parteien, sondern nur einen "Neustart" der Marktwirtschaft und eine "Energiewende". Das Programm ist eigentumsfreundlich, bietet aber doch keinen Gegenwurf zum Kollektivismus im sozial- und gesellschaftspolitischen Teil, sondern allenfalls- und inkonsequent- eine Verteidigung des Status Quo, Strukturkonservatismus insoweit. Sie ist überdies auch eine Partei des europäischen Zentralismus, eines europäischen Bundestaates und steht in Sachen Gesellschaftspolitik eher links, wenn auch das "Gendern" sich in Grenzen hält. Aber der seltsamen LGBTQI-Propaganda schließt sie sich an. Die Position der "Mitte", die sie für sich in Anspruch nimmt ("durch die Mitte nach vorn"), ist nichtssagend, denn der Begriff "Mitte" ist, wie gesagt, ohne konkreten Wertbezug inhaltlich beliebig wandelbar und damit substanzlos. In der Gesellschaftspolitik ist sie häufig links-interventionistisch. Kaum glaublich für eine liberale Partei: "Kultur als Staatsziel" - was immer das bedeuten mag. Sie dämonisiert aber nicht die Klimafrage und hat umweltpolitisch maßvolle Positionen, ein Pluspunkt.

Marktwirtschaft, Eigentum, Unternehmertum.

Die FDP fordert - wie die CDU- einen "Entfesselungspakt" für die deutsche Wirtschaft. Das ist vielversprechend. So soll die Unternehmenssteuerlast auf 25% (OECD-Durchschnitt) gesenkt werden. Die steuerliche Stellung der Kommunen soll u.a. durch ein eigenes Hebesatzrecht auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer gestärkt werden. Das liest ein Liberaler gern. Auch den Abschnitt über verbesserte Abschreibungsbedingungen. In der Einkommensteuer Spitzenbesteuerung nur für Spitzenverdiener (aber auch schon ab 90 000 Euro Jahreseinkommen). Seit langem kämpft die FDP für die Abschaffung des sog. Mittelstandsbauches in der Steuerkurve und eine Verhinderung automatischer Steuererhöhungen über Inflation. Bisher folgenlos gefordert wird eine Vereinfachung der Steuererklärung und eine Abschaffung von Bagatell- und Lenkungssteuern. Sie wendet sich gegen immer neue Nothilfen und Rettungsschirme. Auch sie fordert mehr überwiegend private Zukunftsinvestitionen (25% vom BIP).

Die Sozialausgaben sollen auf immer noch beträchtliche 50% des Bundeshaushalts begrenzt werden. Sogar eine Schuldenbremse für die Sozialversicherung bringt sie ins Gespräch. Aber auch öffentliche Gründungszuschüsse in allen Lebenslagen! Erfreulicherweise findet auch der Gedanke der Privatisierung Platz in diesem Programm: so sollen die Staatsbeteiligungen an Post und Telecom und auch an den Banken verkauft, der Bahnverkehr privatisiert werden.

Andererseits fordert sie im Interesse des Wettbewerbs Regulierungen für die großen internationalen Digitalunternehmen. Sie tritt für internationalen Freihandel (Reform der WTO)) und einen großen transatlantischen Wirtschaftsraum ein. Leider gibt es Vorbehalte gegen eine freien internationalen Steuerwettbewerb ("unlauteres Steuerdumping "). Auch ist sie Anhängerin eines europäischen

Bundesstaates mit einer echten Verfassung, einem echten Parlament, einer Europäischen Armee und einer teilweise harmonisierten Steuerverfassung. Sie ist auch für eine Bankenunion mit einem europäischen Einlagensicherungsfonds (allerdings erst nach Abbau von Bilanzrisiken). An der Stelle des ESM soll es einen Europäischen Währungsfonds (EWF) geben, während sie gleichzeitig gegen eine Schuldenunion ist. Sie wirbt auch für eine Energiepolitik mit marktwirtschaftlichen Elementen, auch für eine "Europäische Wasserstoffunion" und auf dem Wohnungsmarkt hält sie die marktwirtschaftliche Linie (gegen Mietendeckelung)

Die FDP verteidigt das Bargeld und ist alternativen Kryptowährungen nicht abgeneigt.

Bildungswesen: überwiegend etatistisch.

Die FDP plädiert für eine Abschwächung des Bildungsföderalismus (bundesweite Abschlussprüfungen für Mittlere Reife und Abitur). Andererseits plädiert sie für mehr Schulautonomie (Budget, Personalentscheidungen). Von Privatisierung und Entstaatlichung in diesem Bereich ist weniger die Rede. Die Idee der Bildungsgutscheine könnte mehr Wettbewerb bringen, ist aber sozialpolitisch blind. Auch soll es (staatliche) "Talentschulen" geben. Im Übrigen hat sie ein eher technisches Bildungsverständnis. In diesem Abschnitt besonders spricht sie eine bombastische Sprache ("weltbeste Schulen" mit "weltbesten Lehrkräften"- geht es nicht auch etwas bescheidener?) Es kommen hier und anderen Stellen unnötige Anglizismen vor ("Spacemaker", "Learning Analytics", "Midlife-Bafög", "Quick freeze Legal Tech"). Schließlich die Idee der Schaffung eines "zweiten Bildungssystems für das ganze Leben", mit einem "Midlife-Bafög von 1000 Euro"- was jedenfalls wenig mit Privatinitiative und viel mit einem weiteren Sektor von Bildungsstaatswirtschaft zu tun hat. Auch sonst viel Bildungssozialpolitik: Persönliche Auslandserfahrung auch für Azubis, dafür einen (staatlichen) Austauschdienst nach Vorbild des DAAD, "Azubi-Botschafter" an Gymnasien, flächendeckende "Jugendberufsagenturen ". Das Stipendienwesen des Bafög nun auch elternunabhängig, womit der ursprünglich sozialpolitische Charakter vollends verlorengeht. Ein leerer Begriff ist die "Modernisierung", wo man sich gut über dessen Inhalt streiten kann, auch eine Neigung zum rein Technokratischen fällt auf.

Energiewirtschaft und Digitalisierung.

"Technologieoffenheit im Fahrzeugbau" ist gewiss erfreulich, andererseits wieder der übliche Fördersozialismus, sogar für Dinge und Innovationen, denen angeblich die Zukunft gehört (was eine "Anmaßung von Wissen" darstellt). Auch an lächerlichen Kleinstforderungen fehlt es in dem Programm nicht, z.B. die Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit von Kleinkrafträdern (von 45 auf 55 Km). Wie kommt so etwas in ein Wahlprogramm?

Der technokratische Zug des Programms zeigt sich auch in der Beschwörung der Digitalisierung. Dies ist eine Errungenschaft der Märkte- nun soll es ein "Ministerium für Digitale Transformation" geben, also mehr Bürokratie. Auch Gigabit-Gutscheine für kleine und mittlere Unternehmen. Im Einzelnen technologische Feinheiten wie "Vorgabe von security-by-design", "KI-Road-Map" und "regulatory sandboxes" - ein Jargon, der nicht zu einem Wahlprogramm passt.

Schwach ist die Position der FDP zum überständigen öffentlichen Rundfunkwesen: sie fordert ohne weitere Präzisierung eine Auftrags- und Strukturreform. Positiv: die Forderung nach einer

Veräußerung der staatlichen Bankenbeteiligung. Sie verteidigt auch das Bargeld und wendet sich gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Weiteres zur Gesellschaftspolitik: ambivalent.

Flexible Arbeitszeiten - gewiss, aber warum überhaupt diese weitgespannten Regulierungen einer Arbeitszeitordnung? "Rechtsanspruch auf Erörterung bei unternehmerischen Entscheidungen" - also schon wieder mehr Staat im Betrieb. Mehr Frauen in Führungspositionen, aber glücklicherweise ohne starre Quoten. Der "Pay Gap" sei zu problematisieren (aber gibt es ihn überhaupt?) "Diversity Management in der Arbeitswelt" eine Anbiederung an die grünrote Linke. Behinderte auf den ersten Arbeitsmarkt ("Inklusion")! Und sogar: Altersvorsorgezwang auch für Selbständige (wie bei der KV) - allerdings noch mit Alternativen im WIE. Eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters wird jeder begrüßen, fragwürdig dagegen ist die Forderung nach einer Basisrente, die höher als die Grundsicherung ist. Im Gesundheitswesen wird löblicherweise die Therapiefreiheit und (relative) Freiheit der ärztlichen Freiberufler verteidigt. Sehr positiv ist die Forderung nach mehr Möglichkeiten des Wechsels zwischen GKV und PKV. Recht utopisch und jedenfalls mit sehr viel Kosten verbunden mag das egalitäre Programm für "vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum" sein.

Auch bei dieser Partei gibt es einen entleerten Familienbegriff (überall, wo" dauerhaft Verantwortung füreinander übernommen wird"). Familienpolitik jetzt mit "Kinderchancengeld" und "Elterngeldplus". Erstaunlicherweise hält diese Partei aber am Splitting-Verfahren fest. Sie will die Anerkennung von Mehrelternschaften (bis vier) und ein Adoptionsrecht "für alle". Eine liberale Familienpolitik sieht anders aus, z.B. mehr Netto für echte Familien.

Die FDP schließt sich der LGBTQI-Propaganda an, übernimmt den entleerten Rassismusbegriff, ja tritt auch für einen nationalen Aktionsplan gegen "LGBTQI -Feindlichkeiten" ein. Den Extremismus sieht sie nur rechts, nicht links.

Verschiedenes.

In Migrationsfragen ist sie für das kanadische Modell- löblich; sie hält Deutschland für ein "klassisches Einwanderungsland", was stark übertrieben ist, es ist eher ein klassisches Auswanderungsland. Gesteuerte Einwanderung sei auch notwendig, um das Rentensystem "enkelfitt" zu machen. Sie ist für eine europaweite Verteilung von Flüchtlingen, was bekanntlich bei anderen europäischen Nationen nicht durchsetzbar ist. Verfassungspolitisch ist sie für eine Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers auf 10 Jahre, die Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre. Gut ist die Betonung des Konnexitätsprinzips in der Finanzverfassung: Wer bestellt, bezahlt, etwa im Verhältnis vom Bundesstaat zu den Ländern oder den Ländern zu den Kommunen.

AfD.

Deutschland. Aber normal.

203 Seiten.

Gesamteindruck.

Es fällt schwer, sich dieser so stigmatisierten Partei unbefangen zu nähern. Sieht man sich ihr Wahlprogramm an (es geht nicht um verbale Entgleisungen einiger ihrer Vertreter), so sind kaum Elemente des "Rechtsextremismus", gar des Nazismus zu entdecken. Sie ist programmatisch eine bürgerliche, liberal-konservative, auch national-konservative Partei, vergleichbar der SVP in der Schweiz. Gewiss mit einem in Deutschland der Gegenwart auffallenden patriotischen Akzent - aber nicht übersteigertem Nationalismus (der immer mit einer Verachtung oder Geringschätzung anderer Nationen verbunden ist). Sie ist die einzige Partei, die dem egalitären Extremismus und Zentralismus, auch in ihren wirtschafts-, geld-, finanz- und besonders auch gesellschaftspolitischen Ansichten entgegentritt und sich von Überspitzungen auch in der Klimadebatte fernhält, ja dezidiert "klimaskeptisch" ist, um in dem gängigen Jargon zu reden. Als einzige Partei wagt sie auch eine Kritik an den Ausschreitungen gewisser Anti-Coronamaßnahmen. Sie bietet ferner verfassungspolitisch einige Anregungen. Sie verlangt wie die FDP eine Abschaffung des sog. Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, auch der Datenschutz-Grundverordnung. Bene!

Wirtschaft: "Soziale Marktwirtschaft".

Sie bekennt sich dezidiert zur "Sozialen Marktwirtschaft" im Sinne Ludwig Erhards statt "sozialistischer Industriepolitik". Sie ist steuerpolitisch eigentumsfreundlich, so, wenn sie wie die FDP die Abschaffung oder Ablehnung von Substanzsteuern (Grund-, Vermögens- Erbschaftssteuern) fordert ("Es gibt keinen Grund, aus einem Trauerfall einen Steuerfall zu machen"). Einen weitgreifenden Vorschlag zur Steuerreform greift sie mit dem Kirchhoff-Modell auf, mit der Konzentration auf Umsatz- und Einkommensteuer und dem Wegfall aller Bagatellsteuern auf allen Ebenen, also auch von Zweitwohnungssteuer, Biersteuer oder Jagdsteuer; ebenso, zur Förderung des Wohnungseigentums: der Grunderwerbssteuer. Auch fordert sie eine Änderung des Tarifverlaufs und eine Abschaffung der "kalten Progression". Auch hier nähert sie sich der FDP und geht noch über sie hinaus. Sie fordert - ein faktisch folgenloser Dauerbrenner fast aller Parteiprogramme- eine Entbürokratisierung. Als einzige Partei tritt sie für eine Abschaffung des Zwangsbeitrags zum öffentlichen Rundfunk ein. Von "Privatisierung" - wie bei der FDP - ist freilich nicht viel die Rede, so soll die Wasserversorgung in öffentlicher Hand verbleiben. Verkehrspolitisch fehlt die Polemik gegen den Verbrennungsmotor und überhaupt ist sie in verkehrspolitischer Hinsicht frei von Extremismen. Die deutsche Automobilwirtschaft soll Leitindustrie bleiben. Es ist von einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts (ohne Spezifizierung) die Rede. Ihr sog. Blue Deal beinhaltet eine konsequente marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik und Innovationsförderung. Sie ist, wie die FDP, gegen den "ideologisch motivierten Alleingang des Lieferkettengesetzes".

Klimapolitik: ein Alleinstellungsmerkmal.

Dem Klimawandel solle positiv begegnet werden, nicht als Katastrophenfall. So fordert sie eine

Kündigung des Pariser Klimaabkommens. Eine besondere CO₂-Steuer lehnt sie ab. "Nein zum Green Deal", Streichung des EEG, keine Ablehnung der Atomkraft, der Kohle, des Gases, keine Förderung von Elektromobilität und Wasserstoffwirtschaft. Auch für Nordstream 2 und für eine Einschränkung der Förderung erneuerbarer Energie tritt sie ein. Weiter kann man von einem "Great Reset" nicht entfernt sein.

Für Währungswettbewerb.

Sie ist deutlich für Währungswettbewerb und sogar von einer Rückkehr zur Goldwährung ist die Rede. Sie kritisiert scharf die Geldpolitik der EZB und deren Negativzinspolitik ("Enteignung von Sparern, Mietern und Rentnern"). Der Euro soll nur als Parallelwährung bestehen bleiben, also eine Rückkehr zur nationalen Währung. Die Europäische Währungsunion ist für sie gescheitert, deren Stützungsmaßnahmen werden verworfen. Der vielfache Bruch der europäischen Verträge im Zusammenhang mit der Eurorettungspolitik wird verurteilt. Das Programm weist auf die Notwendigkeit einer Erhaltung des Bargeldes hin (sonst Gefahr des: „gläsernen Menschen“ und bequeme fiskalische Enteignungsmöglichkeit). Auch fordert sie eine Revision der "Target2"-Verschuldungspraxis - als einzige Partei.

Ein staatenbundliches Europa-Leitbild.

Eine Besonderheit dieser Partei ist das Europa-Modell. Sie ist konsequent für einen konföderativen Staatenbund, mit einem europäischen Binnenmarkt, lehnt einen europäischen Überstaat ab. Das schließt die Ablehnung einer steuerpolitischen EU-kompetenz ein. Im äußersten Fall einer Reformunfähigkeit der EU-Strukturen schließt sie ein Verlassen der EU ("Dexit") und einer Neukonstitution nach subsidiären Grundsätzen nicht aus.

Sozialpolitik ohne Inspiration.

Hier gibt es keinen ordnungspolitisch neuen Ansatz. Sie führt das Bismarck-Modell weiter. In ihrem Umfeld ist von "Sozialpatriotismus" die Rede. Sie lehnt Mietregulierungen ab, greift den sozialpolitisch vernünftigen Ansatz von Subjekt- statt Objektförderung auf (Beispiel: Wohngeld statt staatlichem Wohnungsbau). Wir lesen allgemein von einer Flexibilisierung des Arbeitsrechtes.

Familienpolitisch ist sie für die Einführung eines "Familiensplittings" und ein "Betreuungsgeld" als Lohnersatzleistung für drei Jahre, auch für einen Ehe-Start-Kredit (für Erstanschaffungen) und andere Förderungsmaßnahmen und die Aufwertung der traditionellen Familie und Ehe überhaupt. Ein staatlicher Familienpaternalismus ist nicht zu übersehen Sie ruft nach einer "Willkommenskultur" für Kinder. Insgesamt: eine noch stärkere Staatsfinanzierung der Familie als bisher schon. Statt eines Gleichstellungsbeauftragten soll es "Familienbeauftragte" geben. Zweifellos eine Position, die ein Liberaler nicht gut finden muss. Dieser wäre wohl für "mehr Netto" und einen strategischen Rückzug aus staatlicher Familienpolitik überhaupt.

Das Rentenkonzept ist ebenfalls strukturkonservativ. Im Grund bleibt es beim Bismarck-Modell mit einer erfreulichen Flexibilisierung des Renteneintrittsalters. Sie verteidigt den Beamtenstatus für den hoheitlichen Kernbereich. Statt einer Subventionierung von Kinderlosigkeit über die gesetzliche Rentenversicherung will sie eine steuerrechtliche Privilegierung bei Kindern. Auch für das

Gesundheitswesen nur recht detaillierte überwiegend konservative Vorschläge, sogar der Vorschlag einer Begrenzung der privaten Krankenhausbranche. Sie ist für eine bessere Bezahlung der Ärzte (gegen Kopfpauschalen und Budgetierung).

Gesellschaftspolitik antiegalitär.

Hier verwirft sie als einzige Partei konsequent den Radikal-Egalitarismus, ist im traditionellen Sinn familienfreundlich, lehnt den diskriminierenden Antidiskriminierungsansatz (im Privatrecht) ab, dito die Genderpolitik und die aufgeblasene LGBTQI-Problematik, ebenso die Quotenpolitik ("Gleichberechtigung nicht Gleichstellung").

Bildungswesen: strukturkritisch.

Auch dieser Abschnitt ist überwiegend strukturkonservativ, aber antiegalitär. Man findet eine berechtigte Kritik an der Überakademisierung und die Abwertung praktischer Ausbildungsgänge. Sie ist gegen Inklusionspolitik für die Schulen, gegen Kompetenzorientierung statt echter Bildungsinhalte, namentlich auch für die Vermittlung von Literatur, Musik und Geschichte (als wichtiger Teil kultureller Identität). Als einzige Partei wettet sie gegen das Bologna-System der Universitäten und wirbt für eine Rückkehr zu Diplom und Magister. Kein Geld für "Gender Studies" und Gender-Quoten! Man möchte eine deutsche Leitkultur statt "Multikulturalismus", der zu Parallelgesellschaften führe.

Verfassungspolitik - interessante Ansätze.

Abgesehen von der LINKEN ist sie jetzt die einzige Partei, die für mehr Mitspracherecht des Volks im Sinne der Schweizer Direktdemokratie ficht ("nicht verhandelbar"), nachdem die GRÜNEN ihre alte Forderung nach Basisdemokratie aufgegeben haben, ist aber interessanterweise gegen einen plebiszitären Ansatz ("kein Initiativrecht der Regierung und Parlamente für Volksabstimmungen von oben"). Sie nimmt gegen Parteienmacht und für die Abschaffung des politischen Beamtentums und der Ämterpatronage Stellung, ist skeptisch auch gegen staatliche Parteien- incl. Stiftungsfinanzierung, tritt gegen die übergroßen Parlamente und für eine Begrenzung der Mandats- und Amtszeiten ein. Sie kämpft wie Hans-Herbert von Arnim für eine Wiederherstellung echter Gewaltenteilung.

Sonstiges.

Die AfD - wofür sie besonders bekannt ist - tritt für eine Änderung der Asylpraxis und gegen ein gemeinsames europäisches Asylsystem, auch für eine Kündigung des UN-Migrationspaktes ein. Sie hält ihre Islamkritik nicht zurück. Sie ist für eine "qualifizierte Einwanderung nach australischem Vorbild."

Teil 2:

Parteien mit starken kollektivistischen Elementen

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Deutschland. Alles ist drin.

136 Seiten.

Gesamteindruck.

Diese Partei ist eine Synthese aus messianischem Ökologismus, ebenso radikalem Egalitarismus, besonders auch Feminismus, einer Staatsgläubigkeit, und eines Konstruktivismus die nur noch von der LINKEN überboten wird. Wie schon 2017 wird die sog. Klimafrage zur Existenzfrage der Menschheit erklärt und in den Mittelpunkt aller Politik gerückt. Man traut sich zu, von Deutschland aus das Weltklima steuern und so die Welt retten zu können. Die Grünen sind wie die LINKE eine Partei des antinationalen Universalismus. Angestrebt wird eine "vielfältige Einwanderungsgesellschaft", welche nationale Homogenitäten auflöst. Indessen ist immer noch von Deutschland, nicht "Menschland" die Rede und man spricht noch von "Integration" - also doch wohl die Eingliederung der Zuwanderer in eine Leitkultur. (Es gab aber Bestrebungen, "Deutschland" aus dem Obertitel des Programms zu streichen).

Das letzte Ideal ist ein egalitärer Weltwohlfahrtsstaat. Der Ausdruck "Sozialismus" wird aber ebenso wie sogar bei der LINKEN vermieden. Man spricht verschleiernd von "Ökosozialer Marktwirtschaft". Überhaupt ist die Terminologie - im Unterschied zu der "Linken" - recht sanft. Bemerkenswert: Die Grünen haben sich von der früher zentralen Direktdemokratie ("Basisdemokratie") verabschiedet. Es soll nur noch "Bürgerräte" geben. Speziellere deutsche Interessen kennen die "Grünen" nicht.

Die Klimafrage ist die Hauptfrage. Die Apokalypse droht.

Die konstatierte "Klimakrise", nicht nur wertneutral "Klimawandel", steht an der Spitze des Programms. Sie wird als "wahre Menschheitskrise" beschrieben. "Daher ist Klimaschutz keine Zukunftsaufgabe, sondern Klimaschutz ist jetzt". Alle Maßnahmen sollen auf den "1,5 Grad-Pfad" des Pariser Klimaabkommens führen, alle Politik steht in diesem Dienst, "Klimaaußenpolitik" inclusive. Eine "große Veränderung" der gesamten Wirtschaftsstruktur ist angesagt, Das Ziel ist ein "klimagerechter Wohlstand". Hinzu kommt traditioneller Naturschutz, auch hier wird nicht nur eine Kurskorrektur, sondern ein neuer Kurs gefordert. "Wir machen die planetaren Grenzen zum Leitprinzip unserer Politik". Es sind im Übrigen vor allem die reichen Nationen oder Einzelpersonen mit ihren großen "ökologischen Fußabdrücken", welche die Probleme verursachen. Hier liegt ein Ansatz zur sozialdemagogischen "Hetze".

Dies bedeutet im Einzelnen: eine "Energierévolution", "grüne" Digitalisierung, "Transformationsfonds für die Regionen", "CO2-Bremse für alle Gesetze", Umschulung der Beschäftigten, auf jedes Dach eine Solaranlage, Photovoltaik in der Fläche, forcierter Ausbau der Windenergie,

Wasserstoffförderprogramme, Europäische Energieunion und einen "Green New Deal" wie ihn die EU-Kommission anstrebt.

Man möchte diese Ziele "durch einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen, Förderung und Ordnungsrecht " erreichen. Dies wird auf jeden Fall *s e h r* -teuer und gefährdet den Industriestandort Deutschland, denn welches Land wird diesem Beispiel folgen? (Die Schweizer haben gerade per Volksabstimmung eine besondere CO₂-Steuer abgelehnt.) Was den Natur- und Artenschutz betrifft, ist das grüne Programm weniger problematisch. Dies gilt auch für die Landwirtschaftspolitik, einmal abgesehen von der Willkür sog. fairer Preise. Nun muss auch noch ein "Bundestierschutzbeauftragter" her!

Zwischenbemerkung: Die bisher bereits großen Erfolge von Umwelt- und Naturschutz in Deutschland werden nicht gewürdigt. Der Glaube an die 1,5- Grad Linie ist apodiktisch, unerschütterlich. Eine andere Sicht der Dinge kommt selbstredend nicht zur Sprache. Man spricht von "Wissenschaft", wo es sich um spekulative Modellrechnungen handelt, die zudem vielfach angezweifelt werden. Eine zentrale Rolle wird der Bepreisung (Emissionszertifikate) zugeordnet, was immerhin bei den gegebenen Annahmen als "Internalisierung externer Kosten" ökonomisch korrekt ist, aber mit der übrigen Verbots-, Zwangs- und Subventionspolitik kollidiert (Atomausstieg, Verbot von Gas-, Öl-, Kohleverbrauch) und bei drastischer Anhebung der Kosten zerstörerisch wirkt. Auch die andere Seite der Alternativenenergien (nicht immer weht der Wind, nicht immer scheint die Sonne in Deutschland) wird nicht erwähnt. Die Speicherungsprobleme und die ökologischen und ästhetischen Folgekosten beispielsweise einer "Verspargelung" der Landschaft werden verschwiegen. Ebenso dass der deutsche Beitrag zur Weltenrettung bedeutungslos ist. Dass es sich bei den Positionen um eine radikale Utopie handelt, wird besonders an dieser Stelle deutlich. Die Grundprämissen der "Grünen" zugestanden und die richtigen Maßnahmen angewendet, ist es immer noch eine Frage des richtigen Maßes und Tempos einer ökologischen Umstellung.

Europäismus.

Für diese historisch entwurzelte Lifestyle- Partei gilt ein EU-Leitbild, das nicht weniger utopisch ist als die Klimapolitik. Zentralisierung, Kartellierung, Entnationalisierung - also das Gegenteil einer Politik der Subsidiarität und des institutionellen Wettbewerbs der Nationen, welche das "Wunder Europa" ermöglicht haben. Dass es eine "Nation Europa" nicht geben kann und solch eine Supernation für Liberale auch nicht wünschbar ist, Europa nur in seinen Nationen besteht und dass dies gerade ("Diversity"!) das Europäische an Europa ist - davon keine Spur. Auch wird der Begriff Europa - wie auch bei anderen Parteien - missbraucht: gemeint ist lediglich die EU.

Beginnen wir mit dem Sozialkartell: der Europäischen Sozialunion in Gestalt gemeinsamer sozialpolitischer Mindeststandards. Nicht nur das: auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. "Wir vollenden die EWWU!" Auch für eine europäische Industriepolitik spricht sich diese Partei aus. Das Europäische Parlament soll zu einem echten Parlament werden, das heißt mit Gesetzesinitiativrecht und Wahl einer europäischen Regierung (die Kommission). Transnationale europäische Listen zum Europa-Parlament sind wünschenswert. Auch ein europäisches Vereinsrecht versteht sich und ein Europäisches Kriminalamt. Mehrheitsentscheidungen in allen Fragen machen dies möglich. *Die EU erhält eine Kompetenz-Kompetenz - dies ist der Dambruch zum Zentralstaat EU.*

Feministischer Extremismus.

"Frauen an die Spitze!". "Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus". Dies bedeutet möglichst paritätische Frauenquoten in Führungsetagen in Staat und Wirtschaft, also Abschaffung des Leistungs- und Ersetzung durch das diskriminierende Geschlechtsprinzip. Natürlich ein "geschlechtergerechtes Entgeltgleichheitsgesetz"- also die Abkoppelung der Frauenarbeit von der Marktbewertung. Frauen wählen nun einmal häufig eine andere Erwerbsbiografie als Männer. Frauen sind auch bei der Wirtschaftsförderung "geschlechtergerecht" zu berücksichtigen, staatliches Wagniskapital soll es nur für Gründerinnen geben - und auch in der Digitalwirtschaft sind Frauen zu bevorzugen. Dies bedeutet auch eine Abschaffung der Vertragsfreiheit der Unternehmen. Frauenquoten auch auf allen Ebenen der Wissenschaft! Eine "Bundestiftung *Gleichstellung*" (nicht nur "Gleichberechtigung"- wichtige Unterscheidung) und mehr Macht für die Gleichstellungskommissarinnen bei den Antidiskriminierungsbehörden.

Am bedenklichsten ist die Paritätsforderung für die Parlamente - also ein jetzt nach sexuellen Merkmalen gegliedertes Ständeparlament statt allgemeinem gleichen Wahlrecht. Warum nicht auch andere Quoten entsprechend den jeweiligen Gruppen (Behinderte, Berufe, Religion, Herkunft, Region, sexuelle Orientierung)? Auch die internationale Politik sei feministisch zu gestalten.

Der Triumph von Staatswirtschaft, Wohlfahrtsstaat, Fiskalsozialismus.

Die Grünen plädieren für eine Unternehmensform des "Verantwortungseigentums"- als ob es ein unverantwortliches Unternehmenseigentum geben kann (Haftungsprinzip, Bindung an Gesetz und Moral). Das verfehlte Lieferkettengesetz wird begrüßt, man möchte es gar "europäisieren". Arbeitsverbote auf dem Arbeitsmarkt (Mindestlohn 12 Euro). Banken: Jeder Akteur und jedes Produkt muss reguliert sein! Im Handwerk in Zukunft den Meisterbrief kostenlos machen.

Ein Lieblingsobjekt grüner Wirtschaftsintervention ist der Wohnungsmarkt. Es soll ein "Recht auf Wohnen" ins Grundgesetz, was wohl meint: ein Rechtsanspruch auf eine Wohnung durch den Staat. Mietpreisregulierung ("faire Miete"), Verbot von freiem Handel mit Bauland, ja eine "strategische Bodenpolitik der öffentlichen Hand". Im Ergebnis läuft dies auf eine Verstaatlichung des Wohnungsbaus hinaus- im Interesse "sozialen Wohnraums".

Die Energiewirtschaft ist zu verstaatlichen: eine Bundesnetzgesellschaft anstelle der vier privaten Übertragungsnetzbetreiber.

Verkehrswirtschaft: Motorisierter Individualverkehr, kurz: das Auto ist für die kollektivistischen Grünen der Gegner schlechthin. Dagegen werden die staatliche Bahn und der ÖPNV als vorbildliches und auszubauendes "öffentliches soziales Gut" angesehen. Deutschland soll ein Fahrradland werden, ein lückenloses Fahrradwegenetz soll Deutschland überziehen. Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos zugelassen werden. Der Utopismus dieser Partei verrät sich auch in der "Vision Zero": "Keine Toten und Schwerverletzte mehr im Straßenverkehr". Es soll nur noch klimaneutralen Flugverkehr geben. Kurzstreckenflüge sollen durch die Bahn ersetzt werden. Güter gehören auf die Bahn!

Finanzen und Steuern: Abschaffung der "Schuldenbremse" - eine Lizenz fürs schrankenlose

Schuldenmachen. Steuerpolitik: "Moderate" Anhebung des Spitzensteuersatzes 45% für Alleinlebende ab 100 000 Euro Jahreseinkommen, für Paare ab 200 000 Euro, dann ab 250 000 bzw. 500 000 48%. Managergehälter ab 500 000 sollen nicht mehr betriebsabzugsfähig sein. Auch Kapitalerträge sind wieder progressiv zu besteuern. Exzessiv: eine Vermögenssteuer auf Länderebene: oberhalb 2 Mio. pro Person jährlich 1% (immerhin: Begünstigungen bei Betriebsvermögen). Kampf gegen den Steuerwettbewerb: Auf EU-Ebene Mindeststeuersatz für Unternehmen: 25%. Angemessene Digitalkonzernsteuern (Facebook, Google und Co.). Kampf nicht mehr gegen "Steuerparadiese", wie sie bisher genannt wurden, sondern gegen "Steuerlöcher" (Oase klingt zu positiv). Eine "Spezialeinheit", also eine besondere Fiskalpolizei, gegen Steuerhinterziehung auf Bundesebene! Ein Deutscher soll unabhängig von seinem Wohnsitz besteuert werden können. Deutschland wird fiskalisch unentrennbar.

Gegen die Familie.

Die traditionelle private Familie als kleines schwer kontrollierbares Gebilde wird durch folgende Maßnahmen entkernt: die Erweiterung dieses Begriffs. Wo Personen Verantwortung füreinander übernehmen, ist Familie, die staatlich abzusichern ist. Nicht nur dort, wo Kinder sind. Auch lesbischen Paaren soll Kostenerstattung bei künstlicher Befruchtung gewährt werden. Überhaupt das ganze Programm LGBTQI: diese Lebensformen sollen traditionellen Familienformen und der mit ihr verbundenen Heterosexualität gleichgestellt werden, vor allem in der sozialen Wertschätzung. Dazu auch eine Bundesstiftung Gleichstellung. Die Abschaffung des Ehegattensplittings muss sein, um die traditionelle Familie zu schwächen. Sozialisierung der herkömmlichen Betreuungsfunktionen der Familie: KITA, Recht auf Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind, Kindergrundsicherung durch den Staat!

Auch sonst Ausbau des Wohlfahrtsstaates: Eine Garantieexistenzsicherung statt Hartz IV (mit der demütigenden Bedürftigkeitsprüfung) - das kommt einem Bedingungslosen Grundeinkommen schon sehr nahe, da ohne soziale Sanktionen. Statt Arbeitslosenversicherung: Arbeitsversicherung, die auch einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung einschließt. Statt Wettbewerb in der Krankenversicherung: allgemeine Bürgerversicherung, also zumindest Teilsozialisierung der PKV. Dort sollen auch Selbständige, Beamte, Unternehmer hinein. Die "Riesterrente" soll in einen staatlich verwalteten kapitalgedeckten Bürgerfonds überführt werden. BAFÖG als Grundsicherung für alle "Studierenden" und Azubis.

Ausländerpolitik und die Frage der Migration.

Das Ideal ist eine "vielfältige Einwanderungsgesellschaft", also auch eine entsprechende großzügige Flüchtlingspolitik, verbunden mit einer Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit und einer Erleichterung der Einbürgerung. Das "Duldungsprinzip" soll abgeschafft werden ebenso wie die europäische Frontex-Organisation: wer eingewandert ist, legal oder illegal, ist und bleibt hier. Praktisch gilt das Prinzip offener Grenzen. Erstaunlich ist, dass bei dem utopischen Universalismus der Grünen an dem Ziel einer "Integration" festgehalten wird, also an einem kulturell deutschorientierten Leitbild, nicht an einem Leitbild beliebiger pluralistischer Parallelgesellschaften. Natürlich sind die Grünen gegen Antisemitismus, aber sie wollen diesen nicht auch in Zusammenhang mit dem eingewanderten Islam sehen. Ganz im Gegenteil: Es gilt "Muslime gegen diskriminierende Übergriffe zu schützen und zu stärken". Das ist starker Tobak, der die vielen Opfer islamistischen Terrors verhöhnt.

International.

Die Grünen stellen sich gegen den Freihandel, stattdessen soll nur "fairer" Handel erlaubt sein, das heißt zu den eigenen Umwelt-, Sozial- und moralisch-egalitären Standards. Sie fordert eine "Klimaaußenpolitik" mit feministischen Zügen, eine Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, eine "gerechte Weltwirtschaftsordnung". Sie geben sich transatlantisch und skeptisch gegen China und Russland. Sie fordern eine Reform des Sicherheitsrates.

Schlussbemerkung.

Machen wir hier Schluss. Es ist erkennbar, dass diese Partei, die gegen Rechtsextremismus und nur gegen diese Art Extremismus (oder was sie dafür hält) antritt, selbst eine extremistische Partei ist - eine Partei der Wirtschaftsfeindlichkeit, der Auflösung des Privatlebens, und Einschränkung der Meinungs- und Vertragsfreiheit, des krudesten Egalitarismus und Kollektivismus, der Staatswirtschaft und des Wohlfahrtsstaates. Sie gibt sich als Anhängerin einer "liberalen Demokratie". Aber ihre Forderung nach einem "Demokratieförderungsgesetz" lässt nichts Gutes erwarten. Sie meint damit jedenfalls nicht die Einführung von Direktdemokratie. Sie gibt sich als selbsternannte Lobbygruppe für minoritäre sexuelle Devianzen. Selbst wenn sie in einer Koalition notgedrungen um des Machtbesitzes willen Kompromisse schließen wird - auch diese werden zum Schaden Deutschlands, seiner Wirtschaft und seines Wohlstandes ausschlagen. Das Programm schließt mit den Worten: "Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen sie ihn - für die Freiheit." Der Wähler sollte sich darüber klar sein, dass die Grünen nicht in der Tradition der Freiheit stehen, sondern eher den "Weg zur Knechtschaft" anbieten. In diesem Programm ist eben "alles drin", auch die Knechtschaft.

SPD.

Das Zukunftspogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

85 Seiten.

Gesamteindruck.

Die SPD unterscheidet sich graduell und durch geringere Konsequenz in einzelnen Punkten von den GRÜNEN und der LINKEN. Auch hier verschwimmen die Grenzen zwischen Staat und Privat fast vollständig. Wo der Staat im Interesse von strikter Gleichstellung und Solidarität ("gleiche Teilhabe und mehr Zusammenhalt") nicht direkt tätig wird, tut er es indirekt durch paternalistische Förderung und Subventionen. Eine private Tugend wird hier zum Staatsziel: der Respekt vor anderen Menschen soll "erneuert" werden. Der Staat wird zum großen Erzieher und Tugendwächter im Interesse der genannten Gleichheitsziele. "Inklusive Gesellschaft", das heißt "niemand soll zurückgelassen", alle sollen sozial gleich geschätzt werden, Wertunterschiede soll es nicht geben. Dass im Übrigen gelegentlich von "offener Gesellschaft" und Förderung von Selbständigkeit (durch mehr soziale Absicherung!) und innovativem Unternehmertum gesprochen wird, hat nicht viel zu bedeuten. Auch hier sind die "Klimagerechtigkeit", Klimaneutralität, Klimasteuerung von Deutschland aus zentrale Punkte. Ein zentralistisches, "souveränes" Europa mit Mehrheitsentscheidung bei Steuern und in der Außenpolitik, auch mit "Gesundheitsunion", versteht sich. Gesundheit soll ein "globales öffentliches Gut" sein. Die EU als "modernste Demokratie der Welt". Immerhin: "Wir sehen viel Gutes. Wir sehen auch Vieles, was man besser machen kann".

Wirtschaft und Soziales: Die Radikalisierung des Wohlfahrtsstaates.

Der öffentliche Verkehr (Bahn, Bus) mit "ticketfreiem" Nahverkehr und individuell vor allem das Fahrrad werden präferiert. Reine Planwirtschaft: 15 Mio. Elektroautos bis 2030. "zukunftsfähige Wirtschaft" heißt für die SPD: umfangreiche Investitionen der öffentlichen Hand, allgemeine Tarifbindung (alles andere "unanständig"), "Geschlechtergerechtigkeit" und "Klimafreundlichkeit" sowie die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen. Die Partei spricht sich gegen die "Privatisierung von Währungen" aus - immerhin ist die Idee des Währungswettbewerbs inzwischen selbst bei dieser Partei angekommen. Die modische Fetischisierung des Digitalen: man strebt eine "Gigabit-Gesellschaft" an. Im Handwerk soll die Ausbildung zum Meister gebührenfrei sein. Mehr Mitbestimmung in den Betrieben, Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten und Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten. Forcierung des öffentlichen Wohnungsbaus und Mietenregulierung ("bezahlbar wohnen").

Ein Hauptpunkt liegt bei der Durchsetzung eines radikalisierten Wohlfahrtsstaates mit sozialer Zwangseinheitsversicherung, also weiterer Verstaatlichung der Risikovorsorge, Reste an sozialer Selbständigkeit werden mit dieser "Bürgerversicherung" beseitigt. Gesundheit soll keine Ware sein, staatliche "bedarfsgerechte" Grundfinanzierung der Kliniken und Ausbau der integrierten Versorgungszentren. Eine "Grundsicherung" für Kinder: ein Eingriff in die Familienautonomie. Es soll eine "geschlechtergerechte Haushaltsbesteuerung" und mit dem Konstrukt einer "Verantwortungsgemeinschaft" die Subventionierung aller Formen eines familienähnlichen Zusammenlebens geben.

Finanzen: gegen das Privateigentum.

Gegen Sparsamkeitspolitik nach der Corona-Epidemie. Es geht um auch schuldenfinanzierte öffentliche Zukunftsinvestitionen. Gerechte Besteuerung heißt für die SPD: Entlastung der mittleren und kleinen Einkommen- immerhin-, aber dafür schärfere Progression um 3 Punkte bei Einkommen über 500 000 bei Ehepaaren und 250 000 Euro bei Ledigen. Begrenzung der steuerlicher Absetzbarkeit von Managergehältern (auf das Fünfzehnfache des Durchschnittseinkommens in dem Betrieb). Die Vermögenssteuer ist zu reaktivieren, die Erbschaftsteuer soll durch eine Mindestbesteuerung -gegen die " Überprivilegierung großer Betriebsvermögen"- reformiert werden. Finanztransaktionssteuern und Bekämpfung des internationalen Steuerwettbewerbs durch eine "effektive Mindestbesteuerung" passen in dieses Programm.

Verschiedenes, zum Teil Kurioses.

Es soll eine geschlechtergerechte Repräsentanz in Bund, Ländern und Kommunen geben ("Paritätsgesetze" - also eine neue Ständeordnung nach sexuellen Merkmalen - dies könnte man sich auch für andere Gruppen mit spezifischen Merkmalen wie Migranten, nach dem LGBTQI-Schlüssel, nach Berufen, Religion, nach Gesundheit, Herkunft usw.) denken. Die steuerliche Gemeinnützigkeit soll nun auch - wie bei den Grünen - politische Zwecke mit einschließen, etwa den Kampf gegen Rechtsextremismus, also etwa die "Antifa" in Zukunft als gemeinnützig. Computerspiele sollen gefördert werden - ja, warum eigentlich nicht? Es soll einen " Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" geben, was bei dem geschilderten ideologischen Hintergrund nichts Gutes verspricht.

DIE LINKE.

Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

148 Seiten.

Gesamteindruck: "Ungleichheit ist unsozial".

Man muss sich wundern, dass nach dem weltweiten Scheitern des Sozialismus, auch in jedem neuen Experiment (wie in Venezuela) in Deutschland immer noch solche Programme in Hoffnung auf Zustimmung publiziert werden können. Zwar der Ausdruck "Sozialismus" wird sorgfältig vermieden, selbst unter dem besser klingenden Terminus "demokratischer" Sozialismus. Der Sache nach fehlt nicht nur eine deutlich ausgesprochene Distanzierung vom untergegangenen totalitären DDR-Sozialismus (man solle ihn nur "differenziert aufarbeiten"), sondern die antikapitalistische Begrifflichkeit klingt überall unverhüllt an, so in Ausdrücken wie "Raubtierkapitalismus", "Menschen vor Profit", "Wohnraum ist keine Ware", "Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen" usw. Das egalitäre Sozialisierungsprogramm wird ergänzt durch Aspekte der modischen Geschlechterpolitik für minoritäre sexuelle Devianzen und radikalen "Linksfeminismus". Ein "ökologischer Systemwechsel" im Interesse des Klimas versteht sich, hinzukommen ein utopischer Universalismus und Pazifismus.

Wirtschaft: ein Programm der Verstaatlichung.

Dies ist ein Programm gegen Marktwirtschaft, Selbstverantwortung und Unternehmertum. Ein umfassendes Verstaatlichungsprogramm wird angekündigt: Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge ("Bundesfonds für Rekommunalisierung"), Banken und Versicherungen, Pharma- und medizinische Industrien, Post, Telekommunikationsstruktur, und "weitere Schlüsselindustrien", auch die großen Energiekonzerne und Verkehrsunternehmen. Im Mittelpunkt steht die Staatsversorgung für alle (als "Rechtsanspruch"), beginnend mit "Löhnen, die für ein gutes Leben reichen". Schluss mit dem Niedriglohn (mindestens 13 Euro), mit Werkverträgen und Leiharbeit, dem ganzen Niedriglohnsektor der Mini- und Midijobs. Ein gerechtes Mindesteinkommen liegt bei 1200 Euro. *"Ungleichheit ist unsozial!"* Auch die "Sexualarbeiterinnen" sollen sich auf Staatskosten weiterbilden und umschulen können und Arbeitslosengeld erhalten, wenn die Kundschaft ausbleibt. Arbeitsplätze in Privathaushalten nur über zertifizierte Agenturen oder gemeinwohlorientierte Träger. Eine "Antistressverordnung" für die Betriebe soll den Arbeitsdruck vermindern- sie sind überdies zu "demokratisieren", das heißt in die Macht der Gewerkschaften und Betriebsräte zu geben. Der Mindesturlaub ist auf 30 Tage zu erhöhen, die wöchentliche Arbeitszeit zu vermindern, mit vollem Lohnausgleich versteht sich. Alle haben einen gesetzlichen Weiterbildungsanspruch. Obergrenzen für Vorstands- und Managergehälter sind ebenso selbstverständlich. Sozial- und Wirtschaftsräte entwerfen gesamtwirtschaftliche Entwicklungspläne. Und es braucht endlich ein spezielles Unternehmensstrafrecht! Der ÖPNV soll zum Nulltarif fahren und die Bundesbahn alle ICE-Bahnhöfe auch mit Nachtzügen anfahren (!) Wer bringt solche Spezialitäten in ein Wahlprogramm? "Gerechte" Mobilität- eine wunderbare Forderung so wie "globale Bewegungsfreiheit", also ein Weltstaat ohne Grenzen.

Der Wohnungsmarkt wird sozialisiert durch einen bundesweiten Mietendeckel, denn Mieten dürfen

nicht profitabel sein. Immobilienkonzerne "an die Kette"! Ein öffentlicher Bodenfonds sorgt für das Übrige: "Bauland in Gemeinschaftshand!"

Was die Kommunalwirtschaft betrifft: umfassende Rekommunalisierung, denn privater Reichtum führt nur zur öffentlichen Armut. Der ÖPNV soll einen Nulltarif einführen. Regionaler Flugverkehr wird durch die Staatsbahn ersetzt, die Lufthansa mit der Bundesbahn zu einem Staatskonzern zusammengefasst. Weg mit öffentlich-privaten Partnerschaften ("ÖPP").

Geld-, Finanz- und Steuerpolitik: ein Gruselkabinett!

Auf solide Staatsfinanzen legt die LINKE keinen Wert: Abschaffung der Schuldenbremse! Und wieder einmal "Brechung der Macht"- diesmal der Banken und Finanzmärkte und sogar der privaten Wirtschaftsprüfer, weg mit den "Steuroasen".

Eine Vermögenssteuer soll kommen: alles über 1 Mio. Euro (bei Betriebsvermögen mit Freibeträgen von min. 5 Mio.) mit 5% - das ergibt 100 Mrd. Ertrag, die für öffentliche Investitionen zur Verfügung stehen. Zusätzlich dazu eine Vermögensabgabe "zur Bewältigung der Corona-Krise": ab einem Netto-Vermögen von 2 Mio. bzw. (Betriebe) 5 Mio., progressiv von 10-30% über 20 Jahre (auch in Raten). Ergibt über 20 Jahre: 310 Mrd. Euro. Natürlich eine Erhöhung der Erbschaftssteuer mit Abschaffung der Privilegien für Betriebsvermögen: soll weitere 8-10 Mrd. Euro bringen.

Körperschaftssteuer wieder auf 25%! Finanztransaktionssteuer, Gemeindefinanzsteuer statt Gewerbesteuer mit ausgeweiteter Bemessungsgrundlage (Pachten, Mieten, Leasingraten- und mit Einbezug der Freiberufler).

Und nun noch die Einkommenssteuer: Hoch mit dem Grenzsteuersatz: 53% bereits ab 70 000 Bruttojahreseinkommen und dazu eine gesonderte Reichensteuer: 75% oberhalb einer Million.

Eine Bundesfinanzpolizei gegen Steuerhinterziehung ist - wie bei den Grünen - unentbehrlich, dazu auch mehr Personal für die Finanzbehörden!

Sozial- und Gesellschaftspolitik für ein "gutes Leben".

Statt "Hartz IV" ein "Arbeitslosengeld Plus", "bedarfsgerecht und sanktionsfrei". eine Art Bedingungsloses Grundeinkommen. Ein "Systemwechsel" wird verlangt - wie auch sonst. Rentenversicherungszwang "für alle" (also auch für die Selbständigen, Beamten usw.), entsprechende Sozialisierung. Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung (gegen "Zwei-Klassen-Medizin", also weg mit der Privaten Krankenversicherung), Verstaatlichung auch der Krankenhäuser ("Gewinnverbot"), entsprechend auch die Pflegeversicherung, Die "Macht der Pharmaindustrie brechen " (ein Lieblingsterminus der LINKEN: "Macht brechen"). Begrenzung der Kaufpreise für Arztpraxen und gleichmäßige Verteilung der Arztsitze, also auch hier eine Verstaatlichung bzw. eine zentrale Planwirtschaft.

Die Familienpolitik ist kollektivistisch und zielt auf eine Schwächung der Familien ab, z.B. durch eine eigene "Kindergrundsicherung".

Dass jetzt auch die Linke "gendert" versteht sich, auch dass sie minoritäre sexuelle "Opfergruppen" entdeckt (LGBTQI), die es irgendwie zu fördern gilt, als wären sie das Salz der Erde und wäre "die

Gesellschaft" für ihre angebliche "Benachteiligung" persönlich verantwortlich. Eine 50% Frauenquote in allen Führungspositionen ist auch unumgänglich.

Bildungspolitik: elitefeindlich.

Es soll einen lebenslangen Rechtsanspruch auf gebührenfreie Bildung und Weiterbildung geben: Keine Auslese! Darum die Abschaffung von Numerus Clausus und von Auswahlgesprächen; *elternunabhängiges*, rückzahlungsfreies BAFÖG, also für alle. "Demokratisierung der Hochschulen", die Uraltforderung der radikalen Linken. Es soll einen "Rechtsanspruch auf inklusive Bildung" geben - trotz ihrer allgemein bekannten großen Nachteile - besonders für die Behinderten.

"Der Klimawandel ist von den Reichen gemacht."

"Der Klimawandel ist nicht von den Menschen gemacht, sondern von den Reichen - mit ihren zahlreichen Reisen, großen Immobilien und Yachten". Also denn ein ökologischer wie sozialer Systemwechsel, für einen linken "Green New Deal"! Bei der ökologischen Umstellung soll es einen Rettungsschirm für dadurch bedrohte industrielle Arbeitsplätze geben und einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung (dafür: öffentliche Fonds). Auch die Klimapolitik muss "gendergerecht" sein.

Dies und das.

Auch die Linke sieht ihr Gesellschaftsbild als Muster für die ganze Welt. Sie ist für einen Welt-Wohlfahrtsstaat nach ihren Idealen. Offene Grenzen verstehen sich für eine "solidarische Einwanderungsgesellschaft". Es soll ein "Menschenrecht auf Frieden geben " (wer soll das einklagen?). Man zieht Bilateralismus dem Freihandel vor. Ein Anti-Rassismus-Kommissar mit starken Befugnissen ist geplant: eine Terror-Institution bei dem absurd ausgeweiteten Rassismus-Begriff. Man will unsere Demokratie "demokratisieren", meint damit aber keine "Volksdemokratie", sondern Direktdemokratie - einer der wenigen positiven Punkte des Programms. Und zum Schluss: "Ein Recht auf persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen" - der Exzess eines Nanny-Staates. Selbst der Ausweg in den Freitod wird erschwert: "Kein Werben fürs Sterben".

Fazit: ein freiheitsfeindliches Programm, das in den Ruin von Wirtschaft und Gesellschaft führen muss. In der Tat wird hier ein rigoroser Systemwechsel zum Sozialismus beschrieben. Linke sprechen gern von einem "guten Leben". Wir haben erlebt, was dies unter realsozialistischen Bedingungen bedeutet.

Schlussbemerkung: was wählen?

Bei aller Relativität der Wahlprogramme - keines ist nur freiheitlich, keines nur egalitär - gilt es nun nach eigenen Präferenzen zu wählen. Das beste Wahlsystem wäre freilich, wenn man seine Stimme je nach Teilaspekten splitten könnte, z.B. eine wirtschaftspolitische Stimme für die FDP, eine verfassungspolitische für die AfD, eine außenpolitische für die CDU/CSU usw. - sozusagen wählen a la carte. Da dies nicht möglich ist, wird man nur nach dem elenden Prinzip des geringsten Übels verfahren können, was in Deutschland besonders übel ist. Warum? Es fehlt in diesem Land die Möglichkeit zu korrigierenden Referenden und Initiativen - eine Volksgesetzgebung wie in der Schweiz.

Indessen bleibt ja der Weg jederzeit offen, an seinem Platz für die besseren Ideen zu werben und so, wenn auch mühsam und langwierig, von unten her für einen Umschwung in der Welt der Ideen zu sorgen. Dass dies möglich ist, zeigt das bestürzende Vordringen eines kruden Egalitarismus und Konstruktivismus in den letzten Jahren selbst in den Parteien, die sich für freiheitlich halten. Aber als Gegenwirkung auch das Aufkommen vieler freiheitliche Initiativen auf gesellschaftlicher Ebene. Wo der Verfasser steht - darüber lässt dieser Gang durch die Programme zur Bundestagswahl wohl keinen Zweifel. Es ist die Welt von Eigentum, Freiheit, Marktwirtschaft und Unternehmertum, Freihandel, Dezentralisation, konstitutioneller nationaler Demokratie und besonders einem materiell verstandenen Rechtsstaat. Es ist das Programm der Röpke, Hayek, Eucken und - in unserer Zeit - zum Beispiel eines Roger Scruton.

Prof Dr. Gerd Habermann,

Berlin am 15. Juli 2021